

Zeltweger

Nummer 106

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
17A041111 E

NACHRICHTEN

Ausgabe 106, Oktober 2017, Österreichische Post AG . RM Wahlen . 17A04111E

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

www.kpoe-steiermark.at

Sozial - auch nach der Wahl!

Wir haben mit **Claudia Klimt-Weithaler**, der Spitzenkandidatin der KPÖ-Steiermark folgendes Interview geführt:

Die KPÖ steht bei der Nationalratswahl am 15. Oktober auf dem Stimmzettel. Wieso?

Ganz einfach. Weil es eine grundsätzliche Alternative braucht. Vor den Wahlen wird viel versprochen. Nach dem Wahltag ist das dann ganz schnell wieder vergessen. Eine Stimme für die etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme. Die etablierten Parteien haben den Bezug zu den einfachen Menschen längst verloren und führen täglich vor Augen, wie abgehoben die Politik geworden ist.

Parallel zum Wahlkampf sammelt die KPÖ auch Unterschriften. Es geht um leistbares Wohnen. Was will die KPÖ erreichen?

Seit Jahren verspricht die Bundesregierung, Maßnahmen zu setzen, die das Wohnen leistbarer machen, bisher ist nichts passiert. Das muss sich ändern! Denn immer mehr Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten. Um diese Entwicklung zu stoppen fordern wir zum Beispiel fixe Mietzinsobergrenzen oder die Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen.



Die KPÖ plakatiert auch, dass sie die Politikerbezüge kürzen will. Warum?

Weil PolitikerInnen mit abgehobenen Bezügen abgehobene Politik machen. Sie wissen oft gar nicht mehr, wie es den einfachen Menschen geht. Die KPÖ geht einen anderen Weg. Einen Großteil unserer Einkommen verwenden wir für Menschen, die in eine Notlage geraten sind.

KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler:

„Ich will ein Zeichen setzen, und egal was daraus wird, ob wir in den Nationalrat einziehen oder nicht, unsere Arbeit im Interesse der Menschen wird weitergehen.“

Wir werden konsequent bleiben, wir werden ehrlich bleiben und wir werden sozial bleiben und das ist für die Menschen, glaube ich, das Wichtigste.“

.....

Budget lässt sich damit aber keines sanieren...

Das vielleicht nicht. Aber viele PolitikerInnen reden immer vom Sparen, bei sich selbst wollen sie aber nicht anfangen.

Wir gehören nicht zu denen, die Wasser predigen und Wein trinken. Seit ich im Landtag bin, sind schon fast 400.000 Euro aus meinem Gehalt in den KPÖ-Sozialfonds geflossen. Da sieht man schon, dass die Summen nicht so klein sind, die PolitikerInnen bekommen.

Fortsetzung ➔

Wohnen darf nicht arm machen.

LISTE 7

KPÖ plus

www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

www.kpoe-steiermark.at

Fortsetzung ↻**Stichwort Arbeitslosigkeit. Welche Rezepte hat da die KPÖ?**

Hier braucht es einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Auf der einen Seite wächst die Zahl der Langzeitarbeitslosen ständig, und die Menschen verzweifeln und werden krank, weil sie keine Arbeit finden können. Auf der anderen Seite müssen viele immer mehr Überstunden machen und werden ebenfalls krank, weil sie bis zum Umfallen arbeiten. Die KPÖ setzt sich deshalb für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein.

Auch die Vollzeitjobs werden immer weniger.

Das stimmt. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, sind gezwungen, Teilzeit zu arbeiten oder sind überhaupt prekär beschäftigt. Das ist aber kein Naturgesetz. Hier müssen klare Regelungen her, um diesen Wildwuchs einzudämmen. Auch die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Die Menschen brauchen Arbeitsplatzsicherheit und ein solides Einkommen.

Wahlentscheidend, sagen die Statistiken, werden auch dieses Mal wieder die Frauen sein. Welches Angebot hat die KPÖ für sie?

Die KPÖ macht Frauenpolitik nicht nur am 8. März, so wie viele andere Parteien. Es braucht keine Lippenbekenntnisse, sondern ganz konkrete Verbesserungen: Frauen, die Kinder groß gezogen haben, dürfen im Pensionssystem nicht länger benachteiligt werden.

Es braucht kostenlose und gute Kinderbetreuung. Väterkarenz muss selbstverständlich – und nicht von der Erlaubnis des Unternehmens anhängig sein. Und dass Frauen immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, sollte schon längst der Geschichte angehören.

Viele werden aber wohl auch dieses Mal „taktisch wählen“.

„Taktisch“ zu wählen ist noch jedes Mal nach hinten losgegangen. Auch Freunde von mir haben zuletzt Voves gewählt, um einen schwarzen Landeshauptmann zu verhindern. Bekommen haben sie Schützenhöfer. Wenn alle so wählen würden, wie sie politisch denken, hätten viele Verschlechterungen keine Mehrheiten gefunden.

Andererseits hat sich auch gezeigt, dass die KPÖ viele Verbesserungen erreichen kann. Etwa die Abschaffung des Pflegeregresses in der Steiermark, die teilweise Rücknahme der Verschlechterung der Wohnbeihilfe oder die vielen Verbesserungen beim Wohnen in Graz. Gerade erleben wir, dass viele Themen (Regress, Wohnen...), die die KPÖ seit Jahren bearbeitet, nun im Wahlkampf auch von den anderen Parteien aufgegriffen werden.

Und deswegen sollte man KPÖ wählen? Was kann denn die KPÖ tatsächlich verändern?

In den letzten Wochen haben sich viele auf „wahlkabine.at“ informiert, wie ihre eigenen Ansichten mit den Programmen der Parteien übereinstimmen. Nicht wenige waren erstaunt, dass ihre Werte und Haltungen am ehesten von der KPÖ vertreten werden.

Wenn jetzt auch nur die Hälfte von ihnen wirklich KPÖ wählen würde, dann gäbe es im Parlament eine Partei, die auch wirklich ihre Interessen vertritt. Interessanter Gedanke, oder?

.....

Zur Information:**Der Termin der nächsten Gemeinderatssitzung:**

Donnerstag, 14.12.2017, 16.00 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich

Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“
politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“
Friedensforscher

**RUNTER
MIT
DEN
POLITIKER-
GEHÄLTERN!**



Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Richtigstellung zum ÖVP-Artikel bezüglich Ex-Bgm. Haller

In der letzten ÖVP-Gemeindezeitung hat sich die ÖVP auf uns eingeschossen. GR Gerald Seifter hat in einem Artikel zum Gemeindewohnungsverkauf darüber geklagt, dass wir die ÖVP an ihr Wahlversprechen erinnert haben.

Vor der Gemeinderatswahl hat die ÖVP den ZeltwegerInnen versprochen, dass sie einem Verkauf der Zeltweger Gemeindewohnungen nicht zustimmen wird. Wir hoffen es bleibt dabei.

Tief getroffen hat mich der Artikel von Vize-BGM Helmut Ranzmaier. In seiner Stellungnahme zur Ablehnung des Vergleichsangebotes von Ex-Bürgermeister Kurt Haller behauptet er, dass „die KPÖ sehr wohl dem Angebot von 130.000 Euro zugestimmt hätte.“

Das weise ich entschieden zurück!

Die Gemeinde hat ein Gutachten über die Chancen der Einbringung der Schadenssumme von rund 1,4 Millionen Euro von Herrn Haller in Auftrag gegeben. Die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei hat dem Gemeinderat empfohlen das Vergleichsangebot von 130.000 Euro anzunehmen.

Dieses Gutachten und diese Empfehlung haben wir in unserer KPÖ-Fraktionssitzung besprochen und sind zur Entscheidung gelangt, dass wir das Angebot ablehnen. Mein Kollege Peter Lorberau war für diese Gemeinderatssitzung entschuldigt. Deshalb habe ich für die KPÖ an der Besprechung der Fraktionsführer, die jedesmal vor einer Gemeinderatssitzung stattfindet, teilgenommen. Dort habe ich bereits deponiert, dass die KPÖ nicht zustimmen wird. Auch Herr Ranzmaier war bei dieser Sitzung anwesend.

In der Gemeinderatssitzung habe ich noch einmal klar gemacht, dass die KPÖ nicht zustimmt. Zuvor hat Vize-Bgm. Ranzmaier versucht, mich zu überreden die Sitzung zu verlassen. Das wollte ich nicht. Denn ich meine, es ist besser zu diskutieren und eine Lösung zu finden, als einfach fortzugehen. Auch einige Gemeinderäte der ÖVP haben die Sitzung nicht verlassen. Völlig klar war aber, dass ich einer Annahme des Vergleichsangebotes niemals zugestimmt hätte.



Es war gut, dass dieses Angebot nicht angenommen wurde. Die Vergleichssumme hätte nur einen Bruchteil der Schadenssumme ausgemacht. Hier geht es um Steuergelder. Die Annahme dieses Vergleichs wäre das falsche Signal an die Bevölkerung. Wer einen Schaden in Millionenhöhe verursacht, sollte nicht mit einer viel geringeren Abschlagszahlung davonkommen.

Dass dieses Angebot nicht angenommen wurde, liegt meiner Meinung nach daran, dass mehrere Oppositionsparteien nicht bereit waren zuzustimmen. Das zeigt, dass ein geeintes Vorgehen der Opposition Erfolg haben kann. Das war bei der Ablehnung des Vergleichsangebotes so, und das könnte auch bei der Verhinderung des Verkaufs der Gemeindewohnungen so sein.

Für einen kurzen Moment haben wir auch daran gedacht, gegen die Aussagen von Herrn Ranzmaier zu klagen. Aber Zeltweg hat in letzter Zeit schon genug an Anzeigen und Klagen erlebt - die KPÖ will sich daran nicht beteiligen. Ich hoffe aber, dass diese Falschmeldung ein Einzelfall bleibt...

...meint Ihre KPÖ-Gemeinderätin
Maria Wiesenegger Tel: 0660/3940136,
 Mail:wiesenegger.maria@gmail.com

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 18. Oktober

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Zeltweger NACHRICHTEN

Herzlichen Dank! Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:
Steiermärkische Sparkasse,
IBAN: AT052081526000000617

Noch keine Anbieter für Gemeindewohnungen

Bekanntlich wurde vom Stadtrat ein Schätzungsgutachten über den Wert der Zeltweger Gemeindewohnungen in Auftrag gegeben. Im Voranschlag sind dafür 24.000 Euro vorgesehen. Dieses Gutachten ist die Basis für kommende Verkaufsverhandlungen.

Bis 31. August konnten gemeinnützige Wohnbau-Gesellschaften mit der Gemeinde zwecks Verkauf in Kontakt zu treten. Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt, ab es Angebote für die Zeltweger Gemeindewohnungen gibt. Der Bürgermeister hat das verneint. Wir hoffen, dass es dabei bleibt.

Österreich:

Schlußlicht beim Sozialen Wohnbau Kürzlich

wurde eine Studie veröffentlicht, wie viel die EU-Staaten für den sozialen Wohnbau ausgegeben. Österreich ist dabei unter den Schlusslichtern. Unter den EU-Staaten geben Bulgarien, Zypern und Rumänien gemessen an ihrer Wirtschaftskraft am meisten für den Wohnbau aus. Laut Daten von Eurostat gaben die EU-Staaten 2015 durchschnittlich 0,6 Prozent des EU-BIP für diesen Zweck aus. Österreich ist in Sachen sozialer Wohnbau mit 0,4 Prozent des BIP im unterem Feld. Falls die Gemeindewohnungen verkauft werden, geht wieder ein Stück sozialer Wohnbau verloren.

Aus dem Gemeinderat

E-Ladestationen

Der Bürgermeister berichtete, dass die beiden Elektroladestationen, die in Zeltweg errichtet wurden rund 126.000 Euro gekostet haben. Die Ausgaben sind durch Bedarfszuweisungen des Landes gedeckt.

Rüsthause Farrach

Nachdem die Heizung im Rüsthause der Freiwilligen Feuerwehr Farrach desolat war, hat der zuständige Rauchfangkehrer ein Heizverbot ausgesprochen. Im Gebäude, das der Stadtgemeinde gehört, befinden sich auch zwei Wohnungen. Die Heizanlage wurde um rund 26.000 Euro von Öl auf eine Gasheizung umgebaut. Der Auftrag erging an die Firma Schlapschy.

Nachdem auch das Flachdach desolat und undicht war, wurde eine Neueindeckung mit Folie durchgeführt. Der Auftrag ging um rund 6.200 Euro an die Firma Kargl.

Tierfriedhof Croy

Eine Fläche von 2.780 m² in Neufisching wurde umgewidmet. Rund 2.420 m² wurden in Wald, mit der zeitlichen Folgenutzung Sondernutzung Freiland „Tierfriedhof“, sowie rund 360 m² als Wald mit der zeitlichen Folgenutzung Verkehrsfläche festgelegt.

Glyphosatfreie Gemeinde



Glyphosat (Roundup) ist ein weltweit verbreitetes Unkrautvernichtungsmittel. Es steht stark im Verdacht krebserregend zu sein. Es schadet Insekten (Bienen) und der Umwelt. Umweltschutzorganisationen bemühen sich um ein Verbot. Die EU aber will die Anwendung im Interesse der Konzerne weiterhin erlauben.

Es gibt von Greenpeace die Aktion „glyphosatfreie Gemeinde“. Alle österreichischen Gemeinden sind aufgefordert im gemeindeeigenen Bereich kein Glyphosat zu verwenden. KPÖ-GR Peter Lorberau hat nachgefragt, wie das von der Gemeinde Zeltweg gehandhabt wird. Der Bürgermeister antwortete, das wisse er nicht, er werde sich erkundigen.

Viele Gemeinden (z.B. Spielberg) haben bereits per Gemeinderatsbeschluss entschieden, kein Glyphosat zu verwenden. Auch unsere Gemeinde sollte diesem Beispiel folgen.



Heizkostenzuschuss

Auch für heuer wurde eine Heizkostenzuschuss in der Höhe von 50 Euro beschlossen. Die Einkommensgrenze beträgt für einen Ein-Personen-Haushalt 1.185 Euro, für Ehepaare oder Haushaltsgemeinschaften 1.777 Euro, für im Haushalt lebende Kinder kommen 355 Euro hinzu. Der Zuschuss kann am Gemeindeamt beantragt werden.

Subvention

Der ESV-Viktoria erhielt als Unterstützung für die kostenintensive Sanierung der vier Asphaltbahnen eine Subvention in der Höhe von 5.000 Euro. Die Gesamtkosten der Sanierung betragen rund 26.360 Euro.

Kultursommer, Kulturherbst

Durch verstärkte behördliche Auflagen, Mehrausgaben bei Übernachtungen oder zugekauften Arbeitsleistungen ist es bei den Veranstaltungen des Kultursommers zu Überschreitungen gekommen. Um die Veranstaltungen des Kulturherbstes (Kabarett, Wohlfühlmesse, Ausstellung 45 Jahre Volkskunstgilde, Adventsingen, Krampus) durchführen zu können, musste der Budgetposten um 8.500 Euro erhöht werden.

Überprüfung Sportzentrum Zeltweg

Das Zeltwegger Sportzentrum hat einen hohen Zuschussbedarf. Jährlich müssen von der Stadtgemeinde zur Führung des Betriebes zwischen 820.000 bis 850.000 Euro zugezahlt werden. Derzeit bekommt die Stadtgemeinde vom Land zur Finanzierung dieser Kosten einen Zuschuss von 300.000 Euro.

Die Stadtgemeinde hat das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) beauftragt das Sportzentrum Zeltweg in Hinblick auf Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen. Die Betriebszahlen und die Beschäftigungsstruktur wurde geprüft und auch mit vergleichbaren Anlagen in Leoben, Kapfenberg und Weiz verglichen. Im Vergleich mit diesen Städten liegt Zeltweg mit seinen Werten im Mittelfeld.

Die einzelnen Geschäftsfelder weisen folgenden Zuschussbedarf auf: *Eishockey*: rund 191.000 Euro, *Eislaufen*: rund 181.000 Euro, *Sportplatz/Außenanlagen*: rund 129.000 Euro, *Tennishalle*: rund 88.000 Euro, *Sportcafe*: rund 82.000 Euro, *Wellness*: rund 71.000 Euro, *Langlauf*: rund 56.000 Euro, *Tennisplätze*: rund 14.000 Euro und *Tischtennishalle*: je rund 5.000 Euro. Die Geschäftsfelder Messe und Squash sind leicht positiv. Im Jahr 2016 waren 18 Mitarbeiter-Innen im Ausmaß von 13 Vollzeitstellen beschäftigt.

Um Einsparungen zu erzielen wurde vom KDZ ein Paket von Maßnahmen empfohlen. Darunter die Nichtnachbesetzung von zwei Dienstposten, ein neues Arbeits- und Dienstplanmodell, regelmäßige Preis- und Tarifanpassungen und eine Verkürzung der Öffnungszeiten. Mit diesen Maßnahmen könnte eine jährliche Einsparung zwischen 65.000 und 70.000 Euro erzielt werden. Darüber hinausgehende Einsparungen seien nicht möglich, ohne wesentliche Funktionen und Angebotsfelder des Sportzentrums in Frage zu stellen.

Die Ergebnisse der Überprüfung wurden dem Gemeinderat in der letzten Sitzung zusammen mit den Vorschlägen für Einsparungen präsentiert. Eigentlich sollte beschlossen werden dem Verein Sportzentrum die Umsetzung der Maßnahmen zu empfehlen. Da aber einige Gemeinderäte entschuldigt waren und ei-



nige bei der Beschlussfassung befangen sind, war der Gemeinderat in diesem Punkt nicht beschlussfähig. Die Beschlussfassung erfolgt in der nächsten Sitzung.

GR Anton Hartleb vertrat die Meinung, die Gemeinde solle die Langlaufstrecke einstellen und das Sportcafe künftig mittels Bestückung von Automaten - ohne Personal - führen. Die anderen Fraktionen, und auch der Berichterstatter des KDZ, Mag. Peter Biwald, schlossen sich dem nicht an.

Das Zeltwegger Sportzentrum hat eine große Bedeutung. Rund ein dutzend Vereine sind dort beheimatet. Im Zuge von Veranstaltungen werden rund 50.000 Menschen erreicht. Die Sportanlagen werden rund 72.000mal pro Jahr genutzt. Damit ist das Sportzentrum auch wichtig für den Breitensport. Auch das Angebot der Langlaufloipe ist sehr beliebt. Ein Sportcafe ohne persönliche Bedienung können wir uns nicht vorstellen.

Es ist zu begrüßen, dass die Gemeinde das KDZ mit einer Überprüfung betraut hat. Wenn Kosten verringert oder Abläufe effizienter gestaltet werden können, ist das positiv. Trotzdem sollte man bei Tarifierhöhungen sehr vorsichtig ein und die Umstrukturierungen dürfen nicht auf dem Rücken des Personals erfolgen.

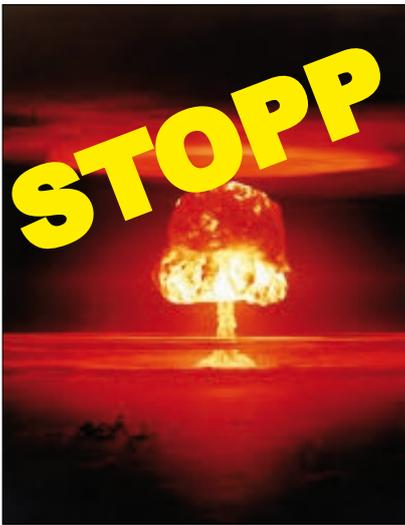


Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPO-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Pacher Renate. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

USA-Nordkorea: Nur eine atomwaffenfreie Welt bringt Sicherheit!



Über Jahre hinweg bezeichneten die USA Staaten wie den Iran, den Sudan, Syrien, Libyen, den Irak, Südjemen, Nordkorea oder Kuba als „Schurkenstaaten“ und drohten mit deren Vernichtung. Gegen einige dieser Staaten (z.B. Iran, Syrien, Libyen) haben die USA zusammen

mit NATO, EU und anderen Verbündeten Angriffskriege geführt. Millionen Tote, Verwüstung, Elend, Bürgerkrieg, politisches Chaos und Flüchtlingsströme waren die Folge.

Nordkorea hat ein Atomwaffenprogramm entwickelt. Das betrachtet die Regierung Nordkoreas, durch das Schicksal dieser Staaten gewarnt, offensichtlich als ihre „Lebensversicherung“. Dazu kommen noch

die historischen Erfahrungen, die Nordkorea mit den USA gemacht haben.

Die USA haben Korea im „Koreakrieg“ 1950 bis 1953 noch schlimmer verwüstet als Vietnam. Die vorsichtigste Schätzung geht davon aus, dass drei Millionen Menschen getötet oder verletzt worden seien, zwei Millionen davon im heutigen Nordkorea. Die amerikanischen Luftangriffe auf den Norden waren mörderisch. Am Ende des Konflikts warfen die Piloten laut Berichten ihre Ladungen über dem Meer ab, weil es keine Gebäude mehr gab, die sie einäschern hätten könnten. US-Atomwaffen sind bis heute in Südkorea stationiert und die US-Kriegsflotte vor Korea ist atomar bewaffnet.

Nun droht US-Präsident Trump damit, Nordkorea zu vernichten – ein Land mit 24 Millionen Einwohnern. Nordkorea droht im Gegenzug mit atomaren Angriffen. Daraus könnte ein Weltenbrand entstehen. Die Konsequenz, die gezogen werden muss, ist das sofortige Bemühen um eine diplomatische Beilegung der Krise und die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt. Die USA waren bisher der einzige Staat, der Atomwaffen wirklich eingesetzt hat (Hiroshima und Nagasaki). Nur ein Atomwaffenverbot, das für alle Staaten dieser Erde gilt, bringt uns mehr Sicherheit.



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

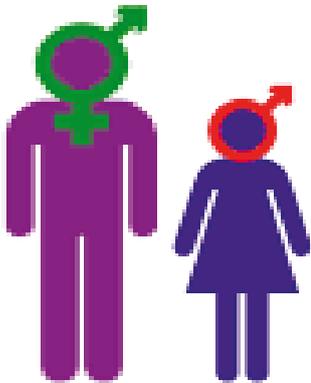
Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Equal Pay Day: Ab 9. Oktober arbeiten Frauen in der Steiermark „gratis“



Jahreseinkommen:
(ganzjährig
vollzeitbeschäftigt)
Steirer:
48.308 Euro
Steirerinnen:
37.256 Euro
= Minus 22,9 %

Der „Equal Pay Day“ fällt heuer in der Steiermark auf den 9. Oktober. Ab diesem Tag haben die steirischen Männer bereits jenes Einkommen erreicht, für welches die Steirerinnen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Frauen müssen statistisch gesehen 84 Tage länger arbeiten um das gleiche Einkommen zu erreichen. Das ist ein großes Unrecht!

Vollzeitbeschäftigte Frauen erhalten in der Steiermark 22,9% weniger als Männer. An diesem großen Unterschied hat sich in den letzten Jahren kaum etwas geändert. Nach wie vor ist Österreich bei den Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen eines der Schlusslichter in Europa.

Niedrige Löhne und Gehälter bedeuten Armutsgefährdung und später – durch die niedrigeren Pensionen – Altersarmut. Wir brauchen Einkommen, von denen die Beschäftigten gut leben können! Bei den Frauen ist der Nachholbedarf besonders groß. Um auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, wird jedes Jahr der „Equal Pay Day“, der „Tag der gleichen Bezahlung“ begangen. Auch die KPÖ führt an diesem Tag Aktionen durch.

Wem nützt die Ungleichheit? Wem nützt es, dass Frauen schlechter bezahlt werden, den Löwenanteil der Teilzeitjobs machen und Hausarbeit und Kindererziehung noch viel zu oft „Frauensache“ ist? Die schlechtere Bezahlung von Frauen ist der Extraprofit der Unternehmer. Sie ersparen sich durch die schlechtere Bezahlung Milliarden an Lohnzahlungen.

Weil viele PolitikerInnen die Interessen der Wirtschaft vertreten, gibt es von Teilen der Politik auch so wenig Bereitschaft etwas gegen dieses Unrecht zu tun. Weil es noch immer keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, rutschen immer mehr Menschen trotz Arbeit in die Armut. Die KPÖ fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.700 Euro und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Wir alle bezahlen für den Klimawandel

Ein außergewöhnlich heißer Sommer ist zu Ende. Wir haben Hitzetage und Unwetter erlebt. In einigen Gegenden gab es schwere Unwetterschäden und Verwüstungen. Die Folgen des Klimawandels sind spürbar.

Aber nicht nur die von Unwetterkatastrophen direkt Betroffenen, wir alle bezahlen bereits einen Preis für die Veränderungen. Ein Beispiel aus der Gemeinde Spielberg: Der Spielberger Prüfungsausschuss beschäftigte sich mit der Prüfung von Straßenbauten. Dabei wurde auch berichtet, dass Bauvorhaben derzeit teuer seien. Denn auf Grund der hohen Nachfrage durch die Unwetteraufräumungsarbeiten seien Baggararbeiten um rund 10 Prozent teurer. Das gilt natürlich nicht nur für Spielberg. Das bedeutet, sowohl für öffentliche, als auch für private Bauten muss man mehr bezahlen.

Oder: In Folge des Klimawandels steigt die Anzahl der mit Borrelien verseuchten Zecken. Mehr Menschen werden in Folge an Borreliose erkranken. Das sind nur zwei Beispiele, dass die Folgen des Klimawandels konkrete Auswirkungen haben.

Aus dem Gemeinderat

Musikschule

Der Jahrestarif für außerordentliche SchülerInnen, das sind Menschen, die nur ein Instrument lernen, ohne Theorieunterricht und Prüfungen, wurde 2014 für SchülerInnen um 535(!) für Erwachsene um 550(!) Euro erhöht. Nun wurden die Tarife für das Schuljahr 2017/18 um weitere 27 Euro für SchülerInnen und 39 Euro für Erwachsene angehoben. Die KPÖ hat als einzige Gemeinderatsfraktion dagegen gestimmt.

Glasschaden durch Sturm

Die Verglasung der Bushaltestelle Mondi musste auf Grund der Schäden des orkanartigen Unwetters im Juni repariert werden. Der Schaden ist durch keine Versicherung gedeckt und beläuft sich auf rund 1.260 Euro.

Winterdienst

Die Schneeräumung in Zeltweg ist in fünf Routen eingeteilt. Zwei dieser Routen wurden von einer Privat-Firma geräumt. Diese Arbeiten wurden neu ausgeschrieben. Die Firma Maschinenring erhielt den Auftrag für die nächsten drei Jahre.

Versicherungen

Die Versicherungsverträge der Gemeinde wurden neu ausgeschrieben. Die Wiener Städtische ging als Bestbieter hervor. Die Deckungssumme wurde angehoben, die Prämien konnten um rund 20.000 Euro pro Jahr gesenkt werden. Gleichzeitig wurde die Gemeinderechtsschutzversicherung bei der Zürich-Versicherungs-AG ausgeweitet. Die Mehrkosten betragen rund 900 Euro im Jahr. Die Anzeigen- und Prozessflut lässt grüßen.

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ Che Guevara Wirbelsturm IRMA - Spendenaktion für Kuba

Der Wirbelsturm „IRMA“ hat entlang der gesamten Nordküste von Kuba drei Tage lang gewütet. Zerstörungen in extremem Ausmaß sind entstanden.

Die Hurrikankatastrophe auf Kuba wurde in der Medienberichterstattung nur am Rande erwähnt. Deshalb ist auch über die Schäden wenig bekannt. Zahlreiche Häuser und öffentliche Gebäude wurden zerstört. In vielen Orten war auf Grund von Überschwemmungen die Stromversorgung unterbrochen, was zu schweren Folgeschäden z.B. bei der Trinkwasser und Lebensmittelversorgung geführt hat. 1,5 Millionen Menschen wurden evakuiert, trotzdem gab es zehn Todesopfer.

Die Österreichisch-Kubanische-Gesellschaft hat zu einer Spendensammlung aufgerufen. Die Spenden werden zu 100% für den Wiederaufbau nach Kuba geschickt.

Wir ersuchen um Ihre Solidarität!



Spendenkonto der Österreichisch-Kubanischen-Gesellschaft
IBAN: AT71 2011 1297 2387 0100
BIC GIBAATWWXXX
Kennwort: Hurrikan Kuba

Wohnen darf nicht arm machen

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen, und Seniorenverbänden erhoben.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für leistbares Wohnen!

Name	Adresse	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift

Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240